

## ► VEREINBARUNG BE-ALERT

---

Vereinbarung zwischen dem Minister der Sicherheit und des Innern (vertreten durch das Krisenzentrum)  
und .....  
(Organisation/Name, z.B. Gemeinde X, Polizeizone Y)

Beitritt zu der zentralen Auftragsstelle des Föderalen Öffentlichen Dienstes Inneres für die  
Zurverfügungstellung einer E-Plattform für die Alarmierung und Information der Bevölkerung: BE-Alert

---

## **1 Einleitung**

Das Krisenzentrum hat im Oktober 2016 einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag in Bezug auf ein System zur Alarmierung und Information der Bevölkerung (BE-Alert) vergeben.

So kann eine lokale Behörde rasch eine Alarmierung der Bevölkerung über die verfügbaren Kanäle auslösen, wenn sie dies für notwendig hält, und zwar zu denselben Bedingungen wie denjenigen, die das Krisenzentrum im Rahmen dieses öffentlichen Auftrags erzielt hat.

## **2 Gegenstand der Vereinbarung**

Die vorliegende Vereinbarung betrifft die Benutzung von BE-Alert. BE-Alert ist eine Alarmierungsplattform, mit der eine Behörde anhand verschiedener Technologien die Bevölkerung und die Schlüsselakteure direkt alarmieren und/oder informieren kann.

## **3 Ziel der Vereinbarung**

In der vorliegenden Vereinbarung werden die Bedingungen für eine Benutzung von BE-Alert festgelegt.

Um die Rechtssicherheit zu gewährleisten und eine gesicherte Legalisierung bei der Inbetriebnahme der Alarmierung zu ermöglichen, ist der Abschluss dieser Vereinbarung eine Grundvoraussetzung für jede Benutzung von BE-Alert durch die zuständige Behörde.

## 4 Parteien der Vereinbarung

Die vorliegende Vereinbarung wird zwischen einer Körperschaft (Gemeinde, Polizeizone, ...) und dem Minister der Sicherheit und des Innern unterzeichnet.

Im vorliegenden Fall (Zutreffendes ankreuzen):

- ☐ **Körperschaft Typ 1 (Föderaler Dienst des Gouverneurs, Gemeinde)<sup>1</sup>**
- ☐ **Körperschaft Typ 2 (Polizeizone, NIN usw.)<sup>2</sup>**
- **Der Verantwortliche der Körperschaft (Gemeinde, Polizeizone, ...):** .....
  - Name: .....
  - Vorname: .....
  - Funktion: .....
  - Adresse: .....
  - .....
- **Der Minister der Sicherheit und des Innern**
  - Vertreten durch:
  - Name: Thierry Davier
  - Funktion: Projektleiter BE-Alert
  - FÖD Inneres
  - Generaldirektion Krisenzentrum
  - Rue Ducale 53
  - 1000 Brüssel

## 5 Geistiges Eigentum

Vorliegendes Dokument sowie der Zugriff auf die Arbeitsinstrumente und die Benutzung der Arbeitsinstrumente implizieren keinerlei Übertragung eines Rechts und insbesondere keines geistigen Eigentumsrechts auf den Benutzer.

Das Arbeitsinstrument und sein Inhalt sind durch die in Sachen geistiges Eigentumsrecht anwendbaren Bestimmungen geschützt.

## 6 Eigenschaften von BE-Alert

Im Allgemeinen finden für vorliegende Vereinbarung die Bedingungen der Rahmenvereinbarung Anwendung, die das Krisenzentrum geschlossen hat. Die technischen und administrativen Klauseln und

<sup>1</sup> Zwecks Alarmierung von Personen aufgrund vorab bestimmter Kontaktlisten und direkte Alarmierung von Bürgern im Rahmen einer Notsituation bzw. einer drohenden Notsituation oder für Nachrichten von öffentlichem Interesse.

<sup>2</sup> Ausschließlich Alarmierung von vorab bestimmten Gruppen.

die Bedingungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags sind auf der Website <https://enot.publicprocurement.be> unter der Referenzangabe IBZ/DGCC/AL/2015/BE-ALERT/001 verfügbar. Dieser Auftrag wurde an die Firma Nextel (Koralenhoeve 15, 2160 Wommelgem) für höchstens sechs Jahre, bis zum 21. September 2022, vergeben.

Das Krisenzentrum kann jedoch die Bedingungen (zum Beispiel bei einer Integrierung neuer zentraler Auftragsstellen, beim Wechsel eines Lieferanten, ...) einseitig ändern. Das Krisenzentrum gewährleistet insbesondere eine ständige Betriebsfähigkeit der E-Plattform, damit es einer zuständigen Behörde jederzeit möglich ist, einen Alarm auszulösen.

## **7 Modalitäten der Aktivierung und Benutzung durch die Körperschaft**

### Für Körperschaften Typ 2 (Alarmierung von Personen aufgrund vorab bestimmter Kontaktlisten)

Für diese Körperschaften ist die Dienstleistung nur für vorab bestimmte Gruppen verfügbar. Die Alarmierung von vorab bestimmten Gruppen kann ohne Einschränkung nach Wahl der Körperschaft erfolgen.

### Für Körperschaften, die die Option NIN (Nachbarschaftsinformationsnetz) gewählt haben

Für diese Körperschaften ist die Dienstleistung nur für Bürger verfügbar, die spezifischen NIN-Gruppen angehören.

Die Alarmierung von vorab bestimmten Gruppen kann ohne Einschränkung nach Wahl der bevollmächtigten Körperschaft erfolgen, im Einverständnis mit dem NIN-Koordinator und/oder dem für NIN verantwortlichen Polizisten.

### **7.1. Voraussetzungen**

Die Körperschaft ist verantwortlich für die Daten, die zur Aktivierung von BE-Alert notwendig sind, insbesondere für die Daten (Zugriffscodes) der zuständigen Personen.

### **7.2. Aktivierungsverfahren**

Zur Auslösung eines Alarms befolgt die Körperschaft das in der "Bedienungsanleitung" aufgeführte Verfahren und die im Rahmen einer Ausbildung ausgeteilten Unterlagen.

### **7.3. Förderung der Registrierung der Bürger**

Grundlage des Systems BE-Alert ist die Datenbank mit den Daten der Bürger, die sich freiwillig registriert haben. Die Körperschaft verpflichtet sich, das Krisenzentrum in seinen Bemühungen in Sachen Kommunikation und Werbung bezüglich des Projekts BE-Alert zu unterstützen, wie in Punkt 9 "Werbung" der allgemeinen Vereinbarung bestimmt.

### **7.4. Schutz der Anwendungen und Vertraulichkeit der Daten**

Die unterzeichnende Körperschaft verpflichtet sich, den Schutz der Anwendung und die Vertraulichkeit der Daten zu gewährleisten. Sie hält sich strikt an die vom Krisenzentrum auferlegten Maßnahmen. Auf der Grundlage der allgemeinen Sicherheitspolitik sind folgende Handlungen von vornherein verboten:

- schriftliche Weitergabe von Passwörtern,
- Verwendung des gleichen Passworts durch verschiedene Körperschaften,
- missbräuchliche Benutzung des Systems zu kommerziellen Zwecken und Werbezwecken,
- missbräuchliche Verwendung (z.B. Einsichtnahme, Kopieren, ...) der personenbezogene Daten,
- ...

Die im Rahmen der vorliegenden Vereinbarung verwendeten personenbezogenen Daten werden gemäß dem Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten behandelt.

Das Krisenzentrum kann den registrierten Körperschaften jederzeit zusätzliche Richtlinien in Bezug auf den Schutz des Systems und der Vertraulichkeit von Daten erteilen. Jeder festgestellte Verstoß gegen diese Richtlinien kann zur Sperrung des Zugriffs auf BE-Alert führen.

## **8 Finanzielle Aspekte**

Die Kosten für die Ersteinrichtung der Plattform (Installation) und die Garantie für den Betrieb des Systems während der Laufzeit des Vertrags gehen für alle betroffenen Behörden zu Lasten des FÖD Inneres.

Die einmaligen Kosten, die mit der Erstaktivierung einer Körperschaft im System (spezifische Parameter, ...) verbunden sind, gehen zu Lasten der Körperschaft, die diese Dienstleistung bestellt hat.

Das Jahresabonnement, bestehend aus den wiederkehrenden Kosten in Verbindung mit der Wartung einer Körperschaft im System, geht zu Lasten der Körperschaft, die diese Dienstleistung bestellt hat.

Die mit der tatsächlichen Benutzung von BE-Alert verbundenen Kosten gehen zu Lasten der Körperschaft, die den Alarm auslöst. Diese Benutzungskosten (post-paid) decken die kostenpflichtigen Nachrichten (Sprachnachrichten und SMS).

Für andere Bedürfnisse können im Voraus bezahlte Kommunikationseinheiten (pre-paid) direkt bei den Lieferanten zu Vorzugspreisen (Einheitspreis im Bestellschein angegeben) gekauft werden, und zwar im Namen der Körperschaft (Gemeinde, Polizeizone, ...), die dann in Sachen Rechte und Verantwortung in der Ausführung ihrer Bestellungen die Stelle des Krisenzentrums einnimmt.

Die Pakete mit den Kommunikationseinheiten müssen anhand des Bestellscheins bestellt werden.

Die Bestellscheine können über die Software-Plattform 3P erstellt und an den Lieferanten geschickt werden, aber sie können auch per E-Mail an das BE-Alert-Team ([be-alert@ibz.fgov.be](mailto:be-alert@ibz.fgov.be)) geschickt werden, mindestens zwei Wochen vor dem Datum, an dem die Bestellung geliefert werden soll.

## **9 Laufzeit der Vereinbarung**

Vorliegende Vereinbarung gilt für eine unbestimmte Dauer.

Das Krisenzentrum kann jedoch die im vorigen Abschnitt bestimmten Bedingungen (zum Beispiel bei einer Integrierung neuer zentraler Auftragsstellen, beim Wechsel eines Lieferanten, ...) einseitig ändern. Eine Änderung der Bedingungen setzt der vorliegenden Vereinbarung jedoch kein Ende. Jede eingetragene Körperschaft wird über die geänderten Bedingungen informiert und erhält die Möglichkeit, die neuen Bedingungen anzunehmen oder nicht und sogar der vorliegenden Vereinbarung ein Ende zu setzen, und zwar ohne Sanktion.

## **10 Anwendbares Recht und Streitsachen**

Vorliegende Vereinbarung unterliegt dem belgischen Recht.

Streitsachen mit Bezug auf die Ausführung dieser Vereinbarung fallen in die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichtshöfe und Gerichte des Gerichtsbezirks Brüssel.

Ausgestellt in ....., am .....

in zwei Originalen.

Für die Körperschaft  
(Name, Vorname, Funktion, Unterschrift)

Für den Minister der Sicherheit und des Innern